

FUI

Fröhliches Umwelt Info

Infodienst der Bundeskoordination Studentischer Ökologiearbeit.V.

Schwerpunkt: Methoden für Gruppen

Itoiz-Widerstand



Castor-Auswertung

Inhalt

Impressum	1
Liebe LeserInnen	3
Was läuft wo?	4
Termine	6
Mobil ohne Auto	7

BÖT-Nachlese

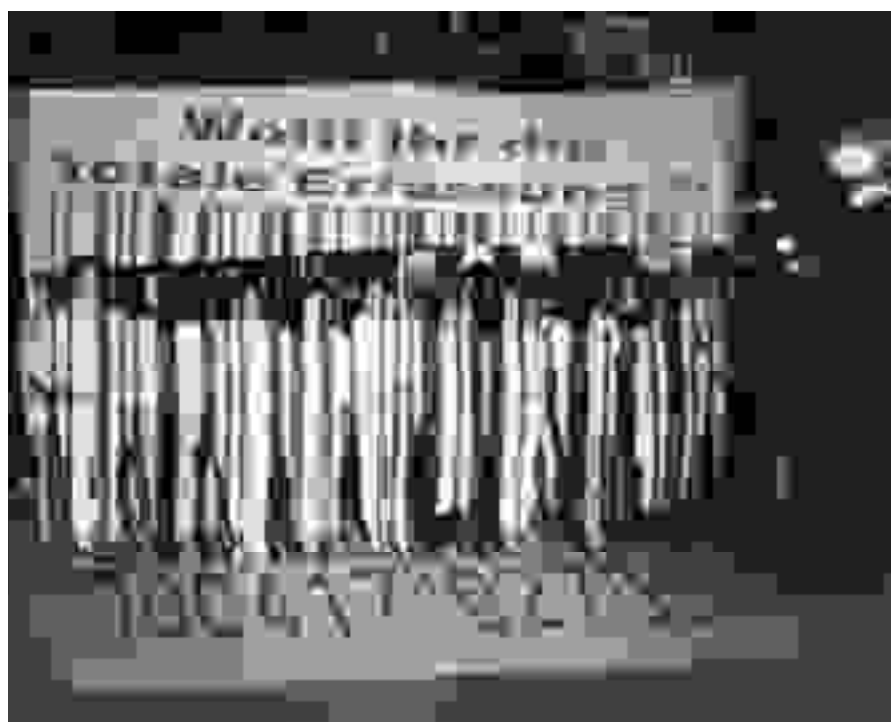
Berliner Herbststürme - Stürmische Zeiten!?	8
---	---

Anti-Atom

Der heiße Herbst im Wendland - Atomstaat pur	10
Hausdurchsuchung im GAAA Büro	12
Castor von Nikoläusen gestoppt	12

Staudämme

Interview zu Itoiz	13
--------------------	----



Schwerpunkt: Methoden für Gruppen 15

Ö-Punkte	36
Rechtshilfefonds	37

BSÖ-News

BSÖ-Aktiventreffen	38
BSÖ-MV	39
Ratat-HUI	41
Literatur	44
Grünes Brett	46
Adressen	47

Impressum

Hoschul-Umwelt-Info, Infodienst der BSÖ

Herausgeberin: BSÖ e.V.,
c/o RefRat HU Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Tel: 030/20931749

Redaktion: Oli B., Oli S., Sigrid,
Florian

Verantwortlich:

allgemein und für alle nicht gekennzeichneten Artikel:
Florian Kubitz, Sorge 27, 38678 Clausthal-Zellerfeld

für den Themenschwerpunkt:
Sigrid Oberer, Dominikanergasse 13,
86150 Augsburg

Für namentlich gekennzeichnete Artikel sind die Unterzeichnenden selbst verantwortlich. Sie entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion

Auflage: 700 Exemplare

Druck: AStA-Druckerei der Uni Oldenburg, 26111 Oldenburg

Liebe LeserInnen,

der Umzug unserer Geschäftsstelle nach Berlin hat gut geklappt, der neue Raum der BSÖ-Geste kann bezogen werden. Gleich nach dem Umzug gibt's nun schon wieder ein FUI, auch wenn es leider erst das dritte HUI/FUI in diesem Jahr geworden ist. In diesem – diesmal – Fröhlichen Umwelt Info findet Ihr eine Nachlese vom 31. Bundesökologietreffen aus Berlin, für alle die von Euch, die nicht mit dabei sein konnten. Im nächsten Jahr zieht es die BSÖ nach dem Sommer-BÖT in Augsburg wieder in den Süden. Im hoffentlich warmen Mai findet das 32. BÖT in Konstanz am Bodensee statt! Wenn das kein Grund zur Mobilisierung ist... Ein weiteres Highlight ist der Schwerpunkt Methoden für Grup-

pen. Die vielen Ideen zur Verbesserung der Gruppendynamik sind wirklich spannend zu lesen. Und die Leute, die endlich mal wissen wollen, wie das Konsensprinzip funktioniert, weil



es in der rauhen Wirklichkeit Ihrer Gruppe noch nicht so geklappt hat, schauen doch auch mal auf Seite

Es ist jetzt schon mal wieder nach 2.00 Uhr und eigentlich müßten wir mal langsam mit dem Layouten fertig werden. Aber mit nur 4 Leuten

dauert dieses FUI ein bißchen länger als sonst. Ansonsten sind wir hier von den Räumen begeistert, und die strategische Lage des RefRates in Berlin Mitte ist wirklich zu loben. Ganz in der Nähe vom RefRat kann mensch die besten, leckersten und würzigsten Kartoffeln weit und breit genießen.

Wenn nichts dazwischen kommt und Ihr in der Rasterfahndung nicht hängen bleibt, sagen wir tschüß und servus und wünschen Euch hiermit ein frohes neues Jahr,

Florian
Oli
Sig



Florian und Oli mit Lastenrad vor der neuen Geschäftsstelle der BSÖ

Was läuft wo?

Im Süden

Vernetzung der Umweltgruppen an süddeutschen Hochschulen

Öko lebt, auch im Süden! Um das zu beweisen starteten wir vom Ak-Öko der Universität Augsburg im März einen Versuch, die Umweltaktiven an den süddeutschen Hochschulen ausfindig zu machen und zu vernetzen. Dazu verschickten wir einen Fragebogen an sämtliche ASten und Studierendenvertretungen. Die Resonanz war zwar nicht ganz so groß, wie erhofft, aber immerhin kamen einige Rückmeldungen. Davon waren zwei leider negativ, das heißt, daß es dort kein Ökoreferat (mehr) gibt (Uni Erlangen-Nürnberg, FH-Fulda). An den anderen Unis ist jedoch einiges geboten. An der Uni Freiburg, der Uni Heidelberg, der Gh Kassel, der TU München, der Uni Passau und der Uni Würzburg und natürlich an der Uni Augsburg gibt es noch Aktive, die beweisen, daß Öko lebt: Wanderungen durch Naturschutzgebiete (Uni Freiburg), Projekt „Solaruni“ (Uni Freiburg), Energietage mit Tips, Infos, Diskussionen, Vorträgen (Uni Freiburg, Uni Heidelberg, Uni Augsburg, GhKassel, Uni Würzburg), Ringvorlesung Umweltschutz (TU München), Semesterticket und Radwegeausbau zu HS-Standorten (Uni Würzburg), Umweltschutzpapier uniweit (Uni Würzburg), AStA-Blöcke aus Fehlkopien (Uni Augsburg), Papierspar-kampagne (Uni Passau), autofreier Hochschultag (Uni Heidelberg, Uni Augsburg), ökologische Mensa (Uni Würzburg)... wer kann da noch behaupten im Süden ist nichts los! Und das ist bestimmt noch nicht alles. Einen Teil der Aktiven haben wir vielleicht nicht erreicht oder der Brief ist in der Flut der Informationen etc. untergegangen. Deshalb noch mal ein Aufruf an alle: Schreibt uns was bei Euch so los ist in Sachen Umweltschutz und wer Euer/Eure AnsprechpartnerIn ist! Im Frühjahr 2002 werden wir dann an alle eine Einladung zu einem Süddeutschen Ökologietreffen

(SÖT) verschicken. Bis dahin werden uns hoffentlich noch ganz viele Briefe, Mails, Fotos,... erreichen. Schickt es einfach an:

AK Jko
c/o AStA der Universität Augsburg
Universitätsstr. 2
Raum 2080
86135Augsburg
Tel/Fax: 0821/5985169

oeko@asta.uni-augsburg.de

Koblenz-Landau

Neuer Fernstudienkurs „Europäisches Umweltrecht“

EG-Abfallverordnung, EU-Öko-Auditverordnung, EU-Wasser-rahmenrichtlinie – diese Begriffe stehen stellvertretend für eine Fülle umweltrechtlicher Bestimmungen der Europäischen Union, die in den letzten Jahren die Entwicklung des nationalen Umweltrechts in den Mitgliedsstaaten geprägt haben. In Deutschland beispielsweise gab es mit Ausnahme des Bundes-Bodenschutzgesetzes in den zurückliegenden Jahren kaum eine Gesetzesinitiative, die nicht durch das europäische Umweltrecht vorbestimmt gewesen wäre. Und die Bedeutung der europäischen Legislative durch die EU-Kommission nimmt weiter zu.

Aus der enormen Dynamik des europäischen Umweltrechts resultiert u.a. auch ein großer Weiterbildungsbedarf in diesem Bereich. Das Zentrum für Fernstudien und universitäre Weiterbildung (ZFUW) der Universität Koblenz-Landau hat daher erstmals im Frühjahr 2001 den Fernstudienlehrgang „Europäisches Umweltrecht“ angeboten und damit eine große Resonanz erzielt. Zahlreiche Teilnehmer aus Deutschland und anderen europäischen Ländern beschäftigen sich ein Semester lang berufsbegleitend mit der Umweltgesetzgebung auf europäischer Ebene.

Aufgrund der anhaltenden Nachfrage nach einem weiteren Kurs wird die Universität Koblenz-Landau den Kurs im Sommersemester 2001 erneut anbieten. Neben einer

umfassenden Darstellung der Geschichte, der Grundstrukturen und der rechtlichen Rahmenbedingungen der Europäischen Union sind aktuelle, umweltrechtlich relevante Sachverhalte wie auch ökonomische und finanzielle Instrumente der europäischen Umweltpolitik Schwerpunkte des Studienprogramms.

Das Weiterbildungsangebot wendet sich in erster Linie an Universitäts- und Fachhochschulabsolventen der Natur- und Ingenieurwissenschaften, der Verwaltungs-Rechts- und Wirtschaftswissenschaften sowie der sozial und Politikwissenschaften. Englisch-Kenntnisse sind erforderlich. Anmeldeschluss ist der 15.März 2002.

Infos:

Universität Koblenz-Landau
ZFUW

Rheinau 1,
56075 Koblenz

Tel: 0261/2871520 oder -1522 Fax: -1521

E-mail: eelaw@uni-koblenz.de

Internet: www.uni-koblenz.de/eelaw

München

Ringvorlesung Umweltschutz

In München gibt es auch in diesem Semester wieder eine Ringvorlesung Umweltschutz. Der AStA hatte schon das endgültige Aus für die Veranstaltung angekündigt, da fanden sich doch noch zwei neue UmweltreferentInnen und die Ringvorlesung konnte fortgesetzt werden. Im letzten Jahr gab es bereits eine Veranstaltung zum Thema grüner Punkt und eine zum Thema Alpentransit. Weiter geht's am 9. Januar mit einer Vorlesung von Prof. Dr. Helmut Müller-Mohnsen zum Thema „Umweltkrank oder vergiftet – Zur Differentialdiagnostik in der Umweltmedizin“. Dann folgen zwei Vorlesungen aus dem Energiebereich, bevor die Vorlesungsreihe am 30.01. durch das Thema „Wenn Blumen sprechen könnten...“ – Blumen, Menschenrechte und Ökologie, abgeschlossen wird.

Das genaue Programm der Ringvorlesung gibt's auch im Netz unter: www.fs.tum.de/AStA/umwelt/DiVg.html

Berlin

Zu hoher Preis für SemTix

Die Aufnahme der Verhandlungen mit der BVG seitens der SemTix-Koordination der Berliner und Brandenburger ASten 1995 war von der Hoffnung geprägt, quasi mit einem ersten Reformschritt „sozialverträgliche Mobilität“, perspektivisch den Nulltarif in Bus und Bahn durchsetzen zu können. Im nicht-studentischen Bereich gab es parallel dazu Kampagnen zum Nulltarif bzw. für bezahlbare Arbeitslosen- oder Sozialtickets.

Heute, nach Kenntnis des Angebots der BVG, wäre zu fragen: Hätten wir uns auf Verhandlungen für ein „kostenneutrales Semesterticket“ einlassen sollen? Der BVG ihre bisherigen Einkünfte per Zwangsabgabe garantieren? Noch ein Privilegium für Studierende gegenüber Normalmenschen schaffen? Sozial Unterprivilegierte ohne Studiausweis, die sich die teuren Tarife einfach nicht leisten können, im täglichen Krampf mit den Kontrollettis alleine lassen? FahrradfahrerInnen abstrafen?

Das Angebot der BVG an die Studierenden der TU Berlin, welches kürzlich mit großer Mehrheit durch die dortige Urab-

stimmung abgesehnet worden ist, berücksichtigt vollständig die Interessen der BVG: Die Verkehrsbetriebe erhalten von den Studierenden der TU demnächst 5,8 Mio. DM jedes Semester auf einen Schlag, anstatt kleckerweise Geld für die fünf Monatskarten, die sich der statistisch idealtypische BVG-nutzende Studierende im Jahr kauft. Alle Leute, die sich in den Semesterferien keine Monatskarte kauften, zahlen nun nicht weniger als bisher.

Studierende, die sich die Beförderung durch die BVG „erschleichen“ - die größte Gruppe unter denen, die den Kontrollettis täglich ins Netz gehen - werden mit dem SemTix für die BVG bequem zur Kasse gebeten. Und mit der Einführung dieses Semesterticket-Modells bricht der leider viel zu schwachen Bewegung der UmsonstfahrerInnen aus Überzeugung ein Gutteil ihrer Basis weg.

Es ist Zeit, die Debatte über das Semesterticket für Studierende wieder zu politisieren und über den studentischen Tellerrand hinüberzuschauen. Natürlich ist es schwer erträglich, genötigt zu sein, zwischen Wohnung und verschiedenen Arbeitsplätzen, in unserem Fall den Instituten, für teures Geld mit der BVG hin- und herzapendeln. Doch so geht es allen BerlinerInnen, ob mit Matrikel ausgestattet oder nicht. Zu jeder

Fahrpreiserhöhung gibt es die turnusgemäße kleine Empörungswelle, die jedoch nicht in eine starke Kampagne gegen die herrschende Verkehrspolitik mündet.

Der Senat von Berlin wertet die Kosten des öffentlichen Nahverkehrs als Defizit, als Problem, während in den Straßenbau Millionen investiert werden. Die Regierenden setzen sich für die Interessen der Auto- und Öllobby ein und nehmen wissentlich in Kauf, sozial schwache Menschen in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken. Bereits seit längerem sind bestimmte Personengruppen von der Beförderung durch die BVG und S-Bahn ausgeschlossen: Obdachlose, AsylbewerberInnen, Kriegsflüchtlinge und andere.

Überhöhte Fahrpreise zwingen sozial Benachteiligte zur „Beförderungerschleichung“, und das wird kriminalisiert. Bestimmten äußerlichen Kriterien entsprechende Menschen werden häufiger kontrolliert, und wenn es zu einem Vermerk des Deliktes Beförderungerschleichung in ihren Akten kommt, ist dies ein Grund, ihnen die Aufenthaltsgenehmigung zu verweigern. Obdachlose, BettlerInnen, Junkies, „anders“ aussehende Menschen werden durch private Sicherheitsdienste aus den S- und U-Bahnhöfen vertrieben, häufig kommt es zu Übergriffen.

Sozialverträgliche Mobilität zu bieten, ist offenkundig nicht Politik des Senats und der BVG. Statt dessen erhöht die BVG ständig die Fahrpreise und baut Personal ab, um z.B. für 20 Millionen DM Videoüberwachung zu installieren. Für Luxusausstattung der Bahnen, nagelneue Mercedes-Busse, immer neue Generationen von Fahrscheinautomaten und die sündhaft teuren tollen neuen Fließtext-Tafeln, die uns auf Wartezeit, Schienenersatzverkehr und Rauchverbot hinweisen, ist genug Geld da. Wieso muss dann ein Ticket für Studierende für die BVG „kostenneutral“ sein? Wieso schaffen es nicht einmal die Studis mit ihrer verhältnismäßig starken Lobby eine Fahrpreissenkung durchzusetzen?

Früher kostete in West-Berlin das Sozialticket 10 DM im Monat und im Osten die Fahrt 10 Pfennig. Wie wär's damit?



Terminkalender

Januar

- 07.-10.1.** Bio-veganer Landbau
Tagung in Witzenhausen
Kontakt: Sandra Campe, In d. langen Grund 10
37217 Ermschwerd, Tel: 05542/501542
biovegan@web.de, www.biovegan.org
- 12.1.** Treffen der ehemaligen fzs-Aktiven in Bonn
Anmeldung: fzs, Reuterstr. 44, 53113 Bonn
Tel: 0228 / 262119, Fax: 0228 / 242 03 88
fzs@studis.de
- 11.-20.1.** Grüne Woche in Berlin mit Ausstellungen von
Berliner Umweltverbänden
Kontakt: Grüne Liga, Ilga Weiß,
Tel: 030/44339149
- 18.-20.1.** Reise Pavillon Marktplatz für anderes Reisen
Messe und Informationsveranstaltung
Hannover, Veranstalter: Statterreisen Hannover,
Tel. 0511/1694167
eMail: reisepavillon@statterreisen.de
- 18.-20.1.** BSÖ-Aktiventreffen im AStA der TU München
- 24.1.** Luftfrachtverkehr - globaler Dienstleister für Wirts-
schaft und Industrie
Luftverkehrsforum - Frankfurt/Main.
Veranstalter: Deutsche Verkehrswissenschaftliche
Gesellschaft, Tel. 02204/ 60027/28
- 26.01.** Kongreß: Nachhaltige Entwicklung
Veranstalter Verein „Leben in Stuttgart e.V.“
Kontakt: <http://www.leben-in-stuttgart.de>
siehe Seite 42
- 29.1.** Nachhaltige Regionalentwicklung im ländlichen
Raum und ehrenamtliches Engagement
Kongress - Hinterzarten.
Veranstalter: Stiftung MITARBEIT,
Tel. 0228/60424-0 - eMail: info@mitarbeit.de

Februar

- 02.02.02** Demonstration oder Großveranstaltung gegen
die Tagung des NATO-Sicherheitsrats in Mün-
chen vom 1.-3. Februar 2002, Tagungsort: Bay-
rischer Hof in München
Kontakt: Tel.: 089/169519, Fax: 089/1689415
E-mail: smash_racism@hotmail.com
oder: www.buendnis-gegen-rassismus.de
Münchener Bündnis gegen Rassismus, Arbeits-
kreis Internationalismus des AStA der Geschwister-
Scholl-Universität München

- 1.-3.2.** Weichen stellen! Aber richtig! Umwelt und
sozialverträgliche Steuerung des Verkehrsbedarfs
in Bayern
Workshop - Nürnberg.
Veranstalter: Bund Naturschutz,
Tel. 0931/80464-33
- 18.02.** Mobilität ohne Auto: MoA-Tage – ein Erfolg!?
Ausblick für Schleswig-Holstein und Nachbar-
länder
Umweltakademie, Neumünster
Veranstalter: MOA-Bundeskoordination
Anmeldung: Akademie für Natur und Umwelt
des Landes S.-Holstein
Carlsstr. 169, 24537 Neumünster
Tel: 0 43 21 / 90 71 0, Fax: 043 / 90 71 – 32
Zentrale@umweltakademie-sh.de
www.umweltakademie-sh.de
siehe Seite: 7
- 22.-24. 2.** Direct Action Februartreffen
Ort: FH Düsseldorf, Georg Glock-Str.15,
Düsseldorf-Golzheim
Weitere Infos unter: <http://www.februartreffen.de>
@: info@februartreffen.de Tel: 0173/1761737
siehe Seite 43

März

- 1.-2.3.** Wieviele Schienen braucht das Land?
Tagung - Kassel.
Veranstalter: Initiative Bürgerbahn statt Börsen-
bahn, Tel. 0711/241045
- 01.-03.03.** FUI-Schreiben, Ort noch unbekannt
- 15.-17.03** Erstes Wochenende des Lehrgangs Kinder und
Natur
siehe Seite 43
- 26.3.** Transeuropäische Verkehrsnetze und regionale
Verkehrsplanung
Seminar - Berlin.
Veranstalter: Europäische Akademie für städti-
sche Umwelt Berlin,
Tel. 030/895999-0 - eMail: am@eaue.de

April

- 19.-21.04** Zweites Wochenende des Lehrgangs Kinder und
Natur
siehe Seite 43
- 26.-28.04.** BSÖ-Aktiventreffen,
wahrscheinlich in Konstanz

Mai

32 Bundesökologietreffen in Konstanz

MOBIL OHNE AUTO MOBIL OHNE AUTO

MOBIL OHNE AUTO 2002: Sonntag, der 16. Juni 2002

Der seit 1981 jährlich am 3. Sonntag im Juni stattfindende Aktionstag "Mobil ohne Auto (MoA)" läßt auch 2002 wieder hunderttausende Menschen für eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik auf die Straßen gehen. Bereits zum einundzwanzigsten Mal wollen die MoA-Aktiven die Voraussetzungen zum Umsteigen in die umweltverträglichen Verkehrsträger aufzeigen und eine ernsthafte Politikwende einfordern, die dem öffentlichen Verkehr sowie den Belangen von Fußgängern und Radfahrern oberste Priorität einräumt. Zwei Drittel aller Autofahrten sind kürzer als zehn Kilometer, davon sind sehr viele Fahrten mit dem Rad, der Bahn oder zu Fuß machbar. MoA wird rund um den **16. Juni 2002** mit vielfältigen Aktionen zeigen, dass es ohne Auto viel besser geht: *Faire Mobilität: autofrei und Spaß dabei!*.

Die Hochschulen sind aufgerufen sich am Dienstag, den **18. Juni 2002** am "Autofreien Hochschultag" (AfH) zu beteiligen. Trägerkreis Mobil ohne Auto 2001: autofrei leben e.V., Bundeskoordination Studentischer Ökologiarbeit (BSÖ) e.V., Fußgängerschutzverein FUSS e.V., Grüne Liga e.V., Robin Wood, UMKEHR e.V., BUND e.V.

Das MoA-Faltblatt und das Poster zu MOA ist erhältlich bei der BSÖ e.V., Geschäftsstelle, c/o RefRat HU, Unter den Linden 6, 10099 Berlin, Tel: 030/ 2093 - 1749, Fax: - 2396, bsoe@refrat.hu-berlin.de, <http://mobilohneauto.de>

MOA-Tage – ein Erfolg!?

Ausblick für Schleswig-Holstein und Nachbarländer

Unter dem Motto „Autofrei – Spaß dabei“ wurde der Aktionstag MOBIL OHNE AUTO (MOA) zum 20. Mal am 3. Sonntag im Juni bundesweit organisiert.

Durch die Aktionstage sollen Menschen in vielen Aktionen vor Ort zum Umsteigen auf öffentliche oder andere nicht-motorisierte Verkehrsmittel bewegt werden. Welche Erfahrungen wurden in den letzten 20 Jahren dabei gemacht? Wie können Menschen für eine nachhaltige Mobilität motiviert werden?

Im Workshop sollen u. a. mit allen Akteuren in Schleswig-Holstein kreative Wege gesucht werden, wie Mobilitätsformen im Umweltverbund wirksam vermittelt und eine landesweite Zusammenarbeit und Koordination wiederbelebt und verstärkt werden können. Was kann MoA als basisorganisierte Aktionsform erreichen? Läßt sich das Baden-Württemberger Modell auf Schleswig-Holstein übertragen?

Diese Fragen sollen besonders im Hinblick auf die kommenden Aktionstage 2002 am MoA-Sonntag, 16. Juni und am Autofreien (Hoch-)Schultag am 18. Juni 2002 erörtert werden.

Schwerpunkte:

- Öffentlichkeitswirksamkeit
- Motivationspotential in S-Holstein
- Rahmenbedingungen
- Optimierungsmöglichkeiten
- Struktur- und Fördermöglichkeiten

Teilnahmekreis:

Vertreterinnen und Vertreter von verkehrspolitisch aktiven Vereinen und Verbänden und Bürgerinitiativen, MoA-Ortsaktive der Vergangenheit u. Zukunft, Verkehrsunternehmen, Interessierte und Ortsaktive besonders in Schleswig-Holstein

Leitung:

Karl-Heinz Ludewig (Umkehr e.V.)
Oliver I. Stoll (BSÖ e.V.)

ReferentInnen:

Nikolaus Huhn, *autofrei leben e.V.*
Hildegard Kienzle-Pfeilsticker,
MoA-Landeskoordination Ba-Wü
Peter Viehbahn,
Ex-Umweltbeauftragter Uni Osnabrück
Dr. Hans-Peter Gensichen,
MoA-Mitbegründer in der DDR, Leiter Ev. Forschungsheim Wittenberg (angefragt)

Termin:

Montag 18.02., 11 Uhr bis 18 Uhr

Ort:

Umweltakademie, Neumünster

Teilnahmebetrag:

DM 70,- (EUR 35,80) zzgl. Verpflegungskosten

Veranstalter:

MOA – Bundeskoordination c/o BSÖ e.V.

Anmeldung:

Akademie für Natur und Umwelt des Landes S.-Holstein
Carlsstr. 169, 24537 Neumünster
Tel: 04321/90710, Fax: 043/907132
Zentrale@umweltakademie-sh.de
www.umweltakademie-sh.de
Anmeldeformular siehe auch Jahresprogramm 2002

Pressespiegel zu MOA 2001

Der Bundesträgerkreis Mobil ohne Auto (MoA) hat einen Pressespiegel zu den MoA-Aktionen um den 17.06.2001 herausgebracht.

Die ca. 30-seitige Presseschau dokumentiert die vielfältigen bundesweiten Aktionen für eine Mobilität im Umweltverbund um den landesweiten MoA-Aktionssonntag und den Autofreien Hochschultag (AfH) und kann bestellt werden bei: Mobil ohne Auto Bundesträgerkreis BSÖ c/o RefRat HU Unter den Linden 6, 10099 Berlin bsoe@refrat.hu-berlin.de <http://studis.de/bsoe> <http://mobilohneauto.de>



s Berliner Herbststürme - Stürmische Zeiten ?!

31. BÖT an der HU Berlin

Vom 21.-25.11. berieten ca. 70 Umweltbewegte aus den Hochschulen unter dem Motto „Berliner Herbststürme - Stürmische Zeiten“ beim Bundes-Ökologie-Treffen (BÖT) an der Berliner Humboldt-Uni über ihre Arbeit, grundlegende Politikansätze und neue Perspektiven.

Darunter waren u.a. auch Gäste aus Frankreich und der Schweiz sowie Igor Vsevolodovych Borodavko von der „Ukrainischen Jugendliga für Umweltschutz“ aus Kiew, mit der auch ein Austausch vereinbart wurde.

Umweltbewegung zur Zeit in der Krise

Nach wie vor gibt es an den Hochschulen großes Engagement im Umweltbereich. Die Schwerpunkte sind dabei von Hochschule zu Hochschule unterschiedlich. So widmet sich der Ökologiereferent des AStA der Kasseler Gesamthochschule der Etablierung der ökologischen Mensa. Dazu gehört für ihn Fleisch aus artgerechter Tierhaltung ebenso wie der Vorrang regionaler Anbieter sowie die Reduzierung des Energieverbrauchs beim StudentInnenwerk und an den Hochschulen.

An anderen Hochschulen dreht sich die Umweltscholarbeit um Alternativen zum Autoverkehr.

„Die Hoch-Zeit der Umweltbewegung ist es trotzdem gerade nicht. Das macht sich auch bei der BSÖ-Arbeit bemerkbar“, meint Oliver Stoll vom ReferentInnenRat der Humboldt-Uni. So haben manche ASten die Umweltreferate abgeschafft und bei der Masse der Studierenden habe genauso wie in der Gesellschaft das Interesse an der Umweltproblematik abgenommen. Stoll sieht aber die Stärke des BÖT darin, dass in ihm immer auch ökologische Initiativen außerhalb des Campus ihren Platz hatten. Der Ökologe Jörg Bergstedt von der gerade eingestellten Umweltzeitschrift Ö-Punkte“ gehört dazu. „Vor einigen Jahren in Mün-

ster gab es heftige Kontroversen zwischen Befürwortern und Gegnern der Agenda 21 und des gesamten Nachhaltigkeitsdiskurs“, erinnert er sich an vergangene BÖTs. „Im Ergebnis dieser Debatten hat sich das BÖT damals vom reinen Mainstream der Umweltbewegung verabschiedet und wurde damit für unabhängige Ökologen interessant“. Eine Turnhalle dient als Schlafsaal, gegen 7.30 Uhr läuft ein Weckdienst herum, ruft, pfeift, spielt Musik. Um acht gibt es Frühstück, um neun beginnen die Arbeitsphasen, deren Ergebnisse auf Postern an den Wänden des RefRats hängen.

Arbeitskreise

Tatsächlich zeigte auch die Breite der auf dem Berliner Treffen angebotenen Arbeitskreise und Veranstaltungen, dass man über den Tellerrand der reinen Ökologie zu blicken versteht. So sprach am Donnerstagabend der Verkehrsexperte und Autor Dr. Winfried Wolf, MdB von der Initiative

„Bürgerbahn statt Börsenbahn“ über die rot-grüne Verkehrspolitik, die eine sozial- und umweltgerechte Mobilität verhindere, in dem Sie selbst die Grundbedürfnisse der Menschen zur Profitmaximierung freigebe und damit auf hemmungslose Umweltzerstörung und soziale Katastrophen zusteure. Frei unter dem Motto: „Privatgewinne statt Flächen- und Bürgermobilität für alle.“

Auch wurde im Mobilitäts-AK und im Vortrag von Winfried Wolf (MdB, PDS) das neue, unter Bahnchef Hartmut Mehdorn entwickelte Bahnpreis-System auf das Schärfste kritisiert und die Gegenmodelle auf brillante Weise deutlich gemacht.

Eine gelungene Antwort auf den „Bahn(ver)brecher“ Mehdorn, der aller Ironie zum trotz am ersten Tag des BÖT am Mittwoch, dem 21.11., 17 Uhr an die HU in der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät unter Polizeischutz völlig unbehelligt laut Einladungstext über seine Arbeit als „früherer Airbus- und Deutsche Aerospace



AG - Manager " sprechen konnte, der „die Neuausrichtung der Deutschen Bahn ... seit seinem Amtsantritt im Dezember 1999 entscheidend vorangetrieben“ hat. Frei nach dem Motto:

Wir bauen die Bahn AG zum Luftfahrtunternehmen um, damit Sie als völlig umweltzerstörerisches Unternehmen wie Swiss Air pleite geht!

Zuvor widmete sich z.B. eine der über dreizehn Arbeitsgruppen der Bodenreform in der DDR unter ökologischen Gesichtspunkten. Die zwei geladenen Fachreferenten, Wolfgang Jahn für die PDS als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europäischen Parlament, und Dr. Hans Watzeck, einst Landwirtschaftsminister der Modrow-Regierung, sprachen über Historie und Folgen der Bodenreform von 1945, einstige Enteignungen von Großagrariern sowie heutige Rückübertragungsversuche und brachten damit ein gemeinhin verdrängtes Thema auf's BÖT-Tablett.

Weitere Arbeitsgruppen hatten folgende Titel: Direkte Aktionen, BSÖ erneuern, Entscheidungsfindung in Gruppen, psychosoziale Arbeit in Gruppen, Atomkraft, Gen- und Biotechnologie, Itoiz-Widerstand, Kritik an Nachhaltigkeit und Agenda 21, PGP-Verschlüsselung, Alternative Wirtschaft: Tauschringe, Umweltschutzprobleme der Ukraine sowie Utopie Hochschule-Gesellschaft.

Arbeitskreise, die in der Open Space-Methode auch spontan beim morgendlichen Brainstorming entstanden, waren allerdings weniger fruchtebringend.

Exkursionen

Am Freitag nachmittag führten Exkursionen zu vorbildlichen und interessanten Projekten der Region: darunter das Bahn-Umweltzentrum in Kirchmöser bei Brandenburg/Havel, die Umwelt- und Friedensbibliothek der DDR, zum Grünen Haus der Grünen Liga, Europas zweitgrößtem Straßenbahnbetriebshof der BVG in Marzahn und zu einer Anti-Atom-Ausstellung.

Danach verschwanden alle im Überraschungsfilm, einem kongenialen, brandneuen Railwaymovie passend zum Mobilitätsthema des Kongresses

Die größte Abschlußparty die ein BÖT je gesehen hatte stieg am Samstag abend: "Herbstfrüchte"! Das Konzert im gesamten Ostflügel startete mit der schwullesbischen-queeren Samba und Perkussiongruppe „Surdo und Gommorra“, setzte sich fort mit TTS Rocktheater, die eigens eine BÖT - Hymne schrieben, wurde getoppt durch die "Früchte des Zorns und gegen 4 Uhr abgeschlossen durch die DJs von DJD.Vision mit ihrem Programm "herbsten beats".



Schwung vermisst

Daneben entpuppte sich das 31. BÖT auch als beschauliches und gemütliches Wiedersehenstreffen. Das bundesweite Treffen wollte an ökologisch engagierten Studierenden vernetzen, was zu vernetzen ist.

Die StudentInnen beklagten fehlendes Engagement für ökologische Belange. Ideen, wie an den Hochschulen verändert werden könnte, was kritisiert wird, wurden zu wenig entwickelt. So dokumentierte der Kongreß auch Ohnmacht. Nachdenken und diskutieren ist heute offensichtlich nicht mehr aufregend genug. StudentInnenproteste von heute müssen Eventqualität haben. So mag der Kongreß für den Event-Hopper, Theoretiker oder Umweltbewegte wichtig gewesen sein. In der Gesellschaft bewirken wollten die TeilnehmerInnen offenbar zu wenig. Die StudentIn, die fundiert die Welt verändern will, war in der Humboldt-Uni während des BÖTs jedenfalls nicht sehr ge-

häuft zu finden.

Auch wenn pointierte Resolutionen zu heißen Fragen der Zeit wie beim letzten BÖT in Augsburg zum Kyoto-Protokoll durchaus entstehen. Doch selbst das war auf diesem BÖT Fehlanzeige und nicht mal eine öffentlichkeitswirksame Demo auf dem Bebelplatz zur Unterstützung der lokalen Studierendenvertretung gegen das geplante Parkhaus kam zustande.

Der angekündigte "Wirbelsturm über Berlin" am Sonnabend fiel durch die Lethargie der TeilnehmerInnen buchstäblich ins Wasser.

Nächstes BÖT in Konstanz

Am Abschlußabend vor der Herbstfrüchte-Abschlußparty steht das Festkomitee in der Mitte des Kreises und hält eine kleine Schlussrede. „Manchmal hätten wir es uns doch etwas aktiver gewünscht!“. Insgesamt aber sei dieses 31. BÖT gut gewesen. „Danke Euch allen.“

Dann kam es vor dem vom Kochkollektiv „Raps & Rübe“ aus rein biologisch-dynamisch angebaute vegetarisch/veganen Produkten aus regionaler Produktion zubereiten Abschluß-Bufferet zu einem Ritual, wie es seit dem sechsten BÖT überliefert ist („da beginnt die BÖT-Geschichtsschreibung“):

Die rote BÖT-Jacke wird so lange im Kreis herumgereicht, bis jemand einwilligt, das Treffen im nächsten Semester auszurichten. Stuttgart, Augsburg, Clausthal usw. waren schon dran.

Schließlich greift Konstanz zu und wird laut beklatscht. Noch nie war das BÖT in der Stadt am Bodensee zu Gast.

Das nächste 32. BÖT muss wieder politischer und aggressiver werden!

Kontakt und Bezug des BÖT-Readers unter:

BÖT-Festkomitee
c/o ReferentInnenrat HU Berlin
Unter den Linden 06, 10099 Berlin
Tel: 030/2093 2145 (BÖT-AB),
Fax: 030/2093 2396
oeko@refrat.hu-berlin.de
www.refrat.hu-berlin.de/boet2001.html
http://
http://www.refrat.hu-berlin.de/oeko
http://studis.de/bsoe
http://mobilahneauto.de

Der heiße Herbst im Wendland – Atomstaat pur

Lüneburg, die Auftaktkundgebung der Anti-Atom-Initiativen auf den Spittelwiesen beginnt. Mit dabei ist ein Polizeilautsprecherwagen, der ganz in der Nähe der Bühne der AtomkraftgegnerInnen steht. Aus den Lautsprechern der Polizei klingt Musik, es ist beinahe so, als würde das Musikvorprogramm von der Polizei bestritten. Keiner stört. Zwischendurch eine Durchsage zu „Eurer Demo“, an die ich mich nicht mehr erinnern kann.

Die Polizeibeamtin im Lautwagen ist selbstverständlich mit den Demonstrierenden per Du.

Nach den ersten Redebeiträgen auf der Spittelwiese beginnt die Demonstration durch die Innenstadt. Der Lauti der Polizei setzt sich an die Spitze der Demo, was man schon von anderen Demos her kennt. Aber der Lauti bleibt ab und zu stehen, um uns über den hinteren Teil unserer Demonstration zu informieren und um uns wieder zusammenrücken zu lassen. Irgendwann sind die Demonstrierenden vom Lauti so genervt, dass die Polizei den Lautsprecherwagen wegfahren lässt.

Der Abschluß der Demonstration sollte ursprünglich vor der Bezirksregierung stattfinden. Spannend ist, dass dieser beantragte Ort erst sehr spät von der Bezirksregierung abgelehnt wurde. Das Verwaltungsgericht bestätigte die Aussage, dass es den Autofahrern und den Rettungsfahrzeugen nicht zuzumuten wäre, wenn diese wichtige Hauptstrasse durch die Demonstration für einige Stunden gesperrt worden wäre. Hier wird das Demonstrationsrecht eingeschränkt, denn es gibt in der Tat auch Umleitungen für diesen Ort. Eine politische Demonstration ist den Richtern wohl nicht so wichtig wie ein Stadtfest, für welche auch Strassen gesperrt werden.

Besatzermentalität

Die Bezirksregierung arbeitet eng mit der Polizei zusammen. Dieses führt zu den bei inzwischen jedem Castortransport angewandten Allgemeinverfügungen, welche von der Bezirksregierung erlassen werden. Ein großräumiges Versammlungs- und

Demonstrationsverbot gilt dann für 2 Wochen entlang der 70 km langen Transportstrecke: Links und rechts ein 50 Meter breiter Streifen sowie im Umkreis von 500 Metern um das Zwischenlager Gorleben und dem Verladebahnhof Dannenberg herum. So wundert sich auch die Presse, wenn sie bei der Einfahrt der Castoren in das Endlager Gorleben nur versprengte Häufchen von Demonstrierenden sieht. Die Polizei, bzw. deren Einsatzleiter, riegelt aber keinen 50 Meter Korridor ab, sondern eher das halbe Wendland. Es gibt Straßenkontrollen, über 600 Platzverweise, davon auch welche in mehreren Kilometern Entfernung von der Strecke. Berliner AtomkraftgegnerInnen werden in ihren Bussen weit vor Lüneburg von der Polizei abgefangen und in einer Polizeikaserne bis zum Nachmittag festgehalten und durchsucht. Bis dahin ist die Demo längst gelaufen. Demonstrierende schaffen es nicht einmal in die Nähe der Strecke, weil sie von der Polizei an jeder Straßenkreuzung zurückgeschickt werden - meistens inkl. Platzverweis - oder gleich Ingewahrsam genommen werden.

Aber auch 15000 Polizisten im Wendland können nicht immer verhindern, dass Demonstrierende auf die Schienen gelangen. So gelingt es vielen Demonstrierenden am Montag, als der Castortransport mit dem Zug bereits unterwegs ist, in Hitzacker für ein paar Stunden die Strecke zu blockieren. Die Polizei möchte ihre Wasserwerfer in Stellung bringen, denn das scheint für sie ein geeignetes Mittel zu sein, eine friedliche Sitzblockade zu räumen. Trecker von atomfeindlichen BäuerInnen halten die Wasserwerfer jedoch erst mal ab, da viele Zufahrtswege in Hitzacker durch diese Trecker blockiert sind. Durch die einfache körperliche Gewalt der Polizei wird mindestens 1 Demonstrant schwer verletzt.

Gewalttätiger wird es, wenn friedliche Demonstrierende, die an einer Sitzblockade von X1000-mal-quer teilnehmen wollen, in Splietau auf die Strasse gelangen wollen. Beim Versuch, sich an einzelnen PolizistInnen vorbeizuschlängeln, hetzen

mehrere Polizeihundeführer ihre Hunde ohne Maulkorb und ohne Vorwarnung auf die Menschen. Hier gibt es Dutzende Verletzter mit Hundebissen, von denen einige so schwer gebissen wurden, dass sie im Krankenhaus behandelt werden müssen. Hierüber wurde in den Medien fast gar nicht berichtet: Daß das ZDF in seinen Nachrichten nur zeigt, wie ein Demonstrant einen Hund tritt, aber nicht zeigt, dass dieser Hund vorher einen Demonstrierenden gebissen hat, ist halt nur die halbe Wahrheit. Trotz vieler Augenzeugen von AtomkraftgegnerInnen und Filmmaterial, die das Aufhetzen der Hunde zeigen, hat der oberste Polizeichef von Lüneburg, Herr Reime, bisher keine Erkenntnisse, die darauf hindeuteten, dass „Polizisten die Hunde auf Demonstranten gehetzt hätten“. Herr Reime darf sich und seine Polizei auch zu recht – wie er es nennt – als „Herr der Straße“ bezeichnen, wenn er eine Pferdestaffel gegen die Demonstrierenden einsetzt, was dazu führt, dass mal ein oder zwei Pferde in eine Sitzblockade geritten werden. Dass es hier zu keinen lebensgefährlichen Kopfverletzungen gekommen ist, darf als Wunder bezeichnet werden. Es gab auch „nur“ ein paar Prellungen, für die die Demonstrierenden natürlich selbst die Verantwortung tragen.

Rechtsmissachtung

Wer ein Versammlungsverbot missachtet und dort demonstriert, also eine Ordnungswidrigkeit begeht, um sein Grundrecht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit wahrzunehmen, wird von der Polizeileitung als gefährlicher Krimineller eingestuft, indem ihm Absichten unterstellt werden, die einfach nicht stimmen. Viele DemonstrantInnen von außerhalb werden als Steineschmeißer, Schienensäger oder einfach nur als „gewaltbereit“ eingestuft. Als Beleg für die von außen angereisten vermeintlichen Gewaltäter gibt Herr Reime in einem Interview an, dass von den 780 Ingewahrsamnahmen 631 Demonstrierende nicht aus der Region stammen. Dumm nur, dass bei der Mehrheit (oder

sollte ich sagen 90%?) der hier erwähnten Leute kein konkreter Tatvorwurf vorliegt, der auch nur im entferntesten als kriminell einzustufen wäre. Denn selbst die Polizei berief sich bei den Ingewahrsamnahmen meistens nur auf das Niedersächsische Gefahrenabwehrgesetz. Sprich, es reicht der Verdacht aus, dass mensch beabsichtige irgendetwas Kriminelles zu tun, um Dich für ein paar Stunden oder Tage einzubuchen. In der Realität wurden viele der DemonstrantInnen aus friedlichen Sitzblockaden gezerrt und Ingewahrsam genommen. Das von Herrn Reime heraufbeschworene Gefahrenszenario vor dem Transport stimmte also nicht und diente eher der Eskalation oder als Abschreckung für BürgerInnen, die noch nie an einer Sitzblockade teilgenommen haben.

Polizeistrategie

Das Polizeikonzept setzte sehr auf die Vermeidung von größeren Versammlungen, u. a. indem fast alle *langfristig vorher* angemeldeten Camps kurzfristig verboten wurden. (In Berlin sprachen sich die Behörden vorher langfristige mit der NPD ab, um eine Demoroute zu ändern, was zeigt, dass die Behörden auch anders können, wenn sie wollen.) Nur in Hitzacker und in Köhlingen wurden Camps zugelassen. Obwohl sich alle Camps außerhalb der Verbotszone der Allgemeinverfügung der Bezirksregierung befanden, drohte von ihnen eine so große Gefahr, dass sie verboten wurden. Es wurden nur Mahnwachen und Infopunkte erlaubt, die zum Teil mehrere Kilometer von der Transportstrecke entfernt waren. Eine Mahnwache, die mehrere Kilometer von der Strecke entfernt ist, kommt natürlich auch sofort wegen ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit in die Medien. Versammlungen in Splietau zur großen Treckerparade der BI Lüchow-Dannenberg wurden mit der Begründung verboten, es bestehe die Gefahr, dass sich die Menschen *nach der Demo* zu einer großen Sitzblockade auf der Nordstrecke treffen könnten.

Da die Camps verboten wurden, die Menschen aber trotzdem bei den Minusgraden irgendwo übernachten müssen, haben sehr viele hilfsbereite WendländerInnen die angereisten Demonstrierenden nicht wortwörtlich „im Regen stehen“ gelassen, sondern ihnen einen warmen Schlafplatz angeboten. Viele Menschen konnten dieses nette Angebot der WendländerInnen in

Anspruch nehmen, so dass das Konzept der Polizei, die DemonstrantInnen ohne eigene warme Unterkunft und ohne Camps im Regen stehen zu lassen, nicht aufgegangen ist. Die Solidarität der WendländerInnen führte dazu, dass die Polizei meinte, nachts im Halbstunden-Takt in den Wohngebieten zu patrouillieren. Das Überallvorhandensein der Polizei und dazu noch ein hier und da ein Hubschrauber machten das Besatzerfeeling perfekt. Die Bevölkerung des Wendlandes musste auch beim 2. Castortransport in diesem Jahr für mehrere Wochen ständig das Gefühl haben, überwacht und schikaniert zu werden.

Die rot-grünen Regierungspolitiker interessiert dieser 2. Castortransport nicht besonders, die Interessen der Atomlobby werden mit ihrem Handeln durchgesetzt und der von Rot-Grün durchgeführte Atomkonsens mit dem „längsten Atomausstieg der Welt“ ist für sie weiterhin ein Erfolg. Wirtschaft-

liche Machtinteressen wie der Weiterbetrieb der AKWs sind für sie relevanter als die Beachtung von Grundrechten einer ganzen Region, ganz zu schweigen von den Gefahren der Atomkraft. Der Weiterbetrieb der deutschen AKW's erfordert im Sinne der Politiker weitere Castorrücktransporte aus Frankreich nach Gorleben. Dewegen wird im nächsten Jahr ein noch größerer Castortransport mit 12 Behältern anstatt 6 Behältern nach Gorleben rollen. Natürlich erst nach den Wahlen, sonst könnten sich die grünen Wähler an die Atompolitik der Bundesregierung erinnern. Der allgemeine Verfall der Grundrechte schreitet voran und keiner merkt es. Die Menschen, die diesen Verfall anprangern, finden kein Gehör in den Medien. Wie zynisch ist doch Herr Reime, wenn er von einer Perfektionsspirale der Atomkraftgegner spricht, die zu mehr Gewalt auf Seiten der Atomkraftgegner führen würde. Wenn sich hier einer perfektioniert, ist es der Atomstaat und dieses wohl auf eine menschenverachtene Art.

*Wenn alle Bahnhöfe versenkt sind
und alle Tankstellen geschlossen werden
wie feststellen, daß Grenzzone und die
Fahrradläden nichts kein Bier verkaufen!*



Hausdurchsuchung im GAAA-Büro

Das Büro der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen in Kornwestheim wurde am 30.09.2001 von der Polizei durchsucht. Der Hausdurchsuchungsbefehl war mit dem Vorwurf „wegen der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten“ ausgestellt worden. Roland Blach vom Büro GAAA meinte zu der Durchsuchung, „Wir lassen uns auf unserem Weg zu einer atomwaffenfreien Welt nicht einschüchtern“.

Der Anlass für die Durchsuchung war der über das Internet und über Flugblätter verbreitete Aufruf zur Inspektion des Atomwaffenlagers Büchel am 30.09.2001. Von der GAAA war ein Aktionscamp in Cochem / Mosel organisiert worden, an dem über 70 Personen teilgenommen hatten. Auf dem Gelände des Fliegerhorstes in Büchel bei Cochem sind Atombomben gelagert. Die Bundeswehr probt den Einsatz dieser Bomben mit den bereitstehenden Tornadoflugzeugen. Mit dieser „nuklearen Teilhabe“ setzt sich die Bundesregierung über ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofes hinweg, womit die Drohung und der Einsatz der Bomben generell völkerrechtswidrig ist. Auf dem Aktionstag am 30.09.01 vor den Toren des Fliegerhorstes erzählte die Reporterin Felicity Arbuthnot, eine Journalistin aus Großbritannien, über die Auswirkungen vom Einsatz abgereicherten Urans, welche in panzerbrechenden Bomben im Krieg gegen den Irak eingesetzt wurde. Viele Menschen im

Irak sterben an Krebs, aufgrund der toxischen und radioaktiven Geschosse. Zudem berichtete sie über das von der Internationalen Völkergemeinschaft verhängte Wirtschaftsembargo gegen den Irak, aufgrund dessen ca. 6000 Kinder pro Monat an Mangelernährung sterben.

Castortransport von Nikoläusen gestoppt

Neben den Glaskokillien-Transporten mit hochradioaktivem Müll von La Hague nach Gorleben, fahren zwischendurch auch immer wieder Castortransporte mit abgebrannten Brennelementen aus Deutschland in die Wiederaufarbeitungsanlage La Hague. Diese Transporte dienen allein dem Zweck, den Weiterbetrieb der deutschen AKWs zu sichern, damit diese nicht an ihrem Atommüll, bzw. den abgebrannten Brennelementen ersticken. Insbesondere die AKWs Stade und Brunsbüttel waren in der Vergangenheit besonders vollgestopft, so dass sich das niedersächsische Umweltministerium gezwungen sah, dem AKW Stade eine Sondererlaubnis für das dichtere Zusammenpacken von Brennelementen zu geben. Denn eigentlich ist die maximale Atommüllmenge, die an einem AKW lagern darf, in der Betriebsgenehmigung festgelegt und beschränkt. Nach dem Strahlenskandal der Castorbehälter 1998 wurde von der damaligen CDU-Regierung ein Transportstopp verhängt, welcher erst im letzten Jahr wieder aufgehoben wurde, so dass in diesem Jahr wieder Castortransporte

durch das Land rollen. Von den geplanten Atomtransporten von Deutschland nach Frankreich konnte die Anti-AKW-Bewegung in diesem Jahr bisher gut die Hälfte verhindern, da die Polizei sich außerstande sah, alle geplanten Transporte zu sichern. Dieses ist ein nicht zu unterschätzender Erfolg, da die Betreiber erhebliche Schwierigkeiten haben, ihren Atommüll rechtzeitig nach La Hague zu schaffen.

Diese Woche fuhr in der Nacht vom 04.12.01 auf den 05.12.2001 ein Castortransport aus Stade und Brunsbüttel nach La Hague los. Auch dieses Mal konnte der Transport von AtomkraftgegnerInnen aufgehalten werden. So stoppte eine Gruppe von Nikolausmännern den Transport in Köln-Wahn. Sie demonstrierten mit Transparenten auf der Schienenstrecke gegen die Castortransporte. Eine Putzkolonne demonstrierte in Wörth an der deutsch-französischen Grenze, um auf die radioaktive Verstrahlung der 8 Behälter aufmerksam zu machen. Beim Verladen eines Castorbehälters in Stade kam es vor ein paar Wochen zu einer Verstrahlung der Außenwand durch radioaktive Partikel. Dies führte bei der Abnahme von Messwerten zu einer 1000 fach höheren Strahlung, als die Grenzwerte erlauben. Erst nach einer weiteren Reinigung des Behälters konnte die Kontamination beseitigt werden. Die AtomkraftgegnerInnen mahnten den sofortigen Transportestopp an. Die Transporte sind nicht nur den Gefahren durch Anschläge relativ schutzlos ausgesetzt, sondern können auch bei Unfällen beschädigt werden, so daß eine größere Umgebung verstrahlt würde. Zudem ist der Transport in die WAA La Hague nutzlos, da dort die Umwelt und die dort lebenden Menschen durch den Betrieb der WAA stark verstrahlt werden, sowie bei der Wiederaufarbeitung Plutonium und eine 7fach größere Menge Atommüll produziert wird. Der nächste Castortransport nach La Hague ist von den AKW-Betreibern erst im Januar oder Februar 02 wieder vorgesehen.



Interview mit Eltxo Nekatua von SOLIDARIAS CON ITOIZ

Am Stauseeprojekt von Itoiz (Baskenland) wird seit 1993 gebaut. Seit 1985 gibt es Widerstand auf der Graswurzelebene gegen das bis heute heiß umstrittene Projekt. Mit einer Kampagne gegen den Staudamm und gegen die Kriminalisierung einer Sabotageaktion, die den Bau erfolgreich lahmgelegt hatte, haben die „Solidarias con Itoiz“ beachtliche Aufmerksamkeit in Europa erreicht.

Wird das Atomkraftwerk Ascó weggespült?

Eltxo Nekatua, du lebst in Berlin und arbeitest in der Kampagnengruppe gegen den umstrittensten spanischen Staudamm von Itoiz, der in der Provinz Navarra zwei Täler und acht Dörfer überfluten soll und diverse Naturschutzgebiete teilweise flutet. Diesen Monat sind neue Erkenntnisse über Sicherheitsmängel in Planung und Ausführung des Itoiz-Projektes aufgetaucht. Was ist passiert?

Der im Auftrag der Bauherren des Projekts arbeitende Tiefbauingenieur Francisco Javier Sánchez Caro hatte seine Auftraggeber schon am 18. April 2000 auf das Vorhandensein eines Risses unterhalb der kleineren der beiden Staumauern bei Itoiz hingewiesen. In einem Fax von diesem Datum teilt er mit, der Riß mache auf ihn einen besorgniserregenden Eindruck: es könnte sich um Anzeichen dafür handeln, daß eine unbestimmte Menge Fels sich bewegt habe und daß der Sockel der Staumauer gefährdet ist. Ursache für den Riß sei ein Erdaushub für den Bau einer Behelfsstraße weiter unten am Berghang, gerade unterhalb der Staumauer. Dieses Fax ist diesen Monat in die Hände der Widerstandsgruppe „Coordinadora de Itoiz“ gelangt und ans Licht der Öffentlichkeit gebracht.

Wie war die offizielle Reaktion auf die Veröffentlichung?

Die Wasserbehörde CHE bestreitet vehement, daß der Sockel der Staumauer zu irgendeinem Zeitpunkt betroffen war. Das Auftreten des Risses wird auf die Verkehrstätigkeit der eingerichteten Behelfsstraße zurückgeführt, die auf Druck der EinwohnerInnen des zu überflutenden Gebietes für die Jahre bis zur Inbetriebnahme eingerichtet worden war. Das hat über-

haupt nichts mit Risiken oder Katastrophen zu tun“, sagt ein Sprecher der Behörde in der Zeitung Gara. Der Riß sei mit Beton verfüllt worden und damit sei der Angelegenheit genüge getan. Der Ingenieur wurde von der baskischen Presse interviewt. Es ist völlig klar, daß der Mann von seinen Chefs unter Druck gesetzt wird, die Sache herunterzuspielen. Er sagt jedoch nach wie vor, daß ein solcher Riß besorgniserregend ist.

Dies ist nicht der erste Hinweis dieser Art.

Nein. Der Wasserbauingenieur Prof. Rebollo hat jahrzehntlang große Staudämme für die Gegenseite geplant und ist deshalb glaubhaft wie sonst niemand. Er sieht in seinem umfassenden Gutachten sieben katastrophische Szenarien, wobei die größte Gefahr von Erdbeben in den Staudamm hinein ausgeht. Das zweite große Problem ist die geologische Instabilität des Untergrundes, die dann eben zu solchen Rissen führt. Das Katastrophenszenario von Prof. Rebollo ist erschreckend: Wenn der Staudamm bricht würde der Ebro-Fluss auf ein vielhundertfaches seiner üblichen Stärke anschwellen und der direkt am Ufer gele-

genen Atommeiler Ascó I und II hinfortreißen. Und sämtliche Siedlungen und Landschaften am Fluß.

Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich 1963 in Vaiont in Italien: Nach einem Dammbruch kamen 2000 Menschen ums Leben. Auch da gab es Geologen, die vor der Instabilität des Untergrundes gewarnt hatten.

Wie reagierte die Regionalregierung von Navarra auf das Gutachten?

Die sagt, sie würde den Text von Rebollo nicht lesen, da sie selbst 110 Sicherheitsgutachten in Auftrag gegeben hätten. Es stellt sich die Frage, warum lassen die 110 Gutachten machen, wenn es angeblich gar keine Probleme gibt.

Sie sind im September ins Spanische Baskenland gefahren. Was war der Anlass?

Wir als Gruppe waren in diesem Jahr wieder dort, um uns an dem 2. internationalen Widerstandscamp gegen das Stauseeprojekt zu beteiligen. Die Idee zu dieser Form der Mobilisierung entstand vor zwei Jahren, als die „Solidarias con Itoiz“ auf einer Tour durch Europa waren. Sie führten direkte



Staudämme

Aktionen in London, Den Haag, Berlin und dem Vatikan durch. Seither bestehen in diesen Städten Gruppen, die dort die Arbeit fortführen, zu den Widerstandscamps mobilisieren und eigene Aktionen, zum Beispiel vor spanischen Konsulaten, durchführen.

Wie war der Zuspruch auf das Camp und was sind die Ergebnisse?

Schon am ersten Tag haben sich über 200 Menschen beteiligt, die Zahl später auf etwa 500 Menschen gestiegen. Es waren Leute aus dem Baskenland, dem spanischen Staat, Finnland, Frankreich, England, der BRD, Österreich, der Schweiz, den Niederlanden und Belgien.

Wir haben über mehr als eine Woche in unmittelbarer Nähe zu dem Staudamm gezeltet, was allein schon eine Aktion ist. Unter der Woche haben verschiedene Gruppen inhaltlich gearbeitet und Ideen für den Widerstand gegen den Staudamm ausgearbeitet. Dabei entstand zum Beispiel die Idee, mit Flößen mehrere Tage flussabwärts zu fahren, um auch dort gegen den Damm zu demonstrieren.

Am Wochenende gab es eine Großdemonstration im Dorf direkt unter der Staumauer und eine Menschenkette über die Baustelle. Am Sonntag eine Kundgebung am Knast von Pamplona, wo Iñaki Garcia Koch sitzt.

Wer ist das und warum sitzt er im Gefängnis?

1996 haben acht Mitglieder der Gruppe die Baustelle mit einer Sabotage für 11 Monate lahmgelegt. Es wurde eine Seilbahn gekappt, die den Beton zwischen den Bergen hin und her transportierte, um den Staudamm zu bauen. Das war in einer Zeit als ein Gericht den Bau für unrechtmäßig erklärt hatte. Trotzdem wurden dafür acht Leute wegen Entführung zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Wieso wegen Entführung?

Einem Wachmann mußten für fünf Minuten die Hände gebunden werden. Da es für Sabotage nur zwei Jahre Haft als Höchststrafe gibt, mußte die "Entführung" herhalten, um die fünf Jahre zu rechtfertigen. Das Urteil wurde 1999 rechtskräftig, doch kurz bevor die Berufung abgelehnt wurde, sind die Aktivisten nach Europa ausgereist, um statt in den Knast zu gehen, weiter gegen das Projekt zu demonstrieren.

Wie geht es weiter im Widerstand gegen den Staudamm?

Die Orientierung der weiteren Kampagne richtet sich flussabwärts, seit es das neue Gutachten von Prof. Arturo Rebollo gibt, wonach der Staudamm nach der Befüllung brechen wird. Demnach wird der Fluß um das 700fache seiner Größe anschwellen und bis Katalonien alles mitreißen. Davon wird auch das Atomkraftwerk in Ascó betroffen sein. Das ist ein sehr bedrohliches Szenario, für die Kampagne gegen den Staudamm zynischerweise allerdings sehr wirksam.

Wie sieht es weiter flussabwärts mit dem Widerstand aus?

Dort bildet sich gerade eine Plattform gegen den Damm und den nationalen Wasserplan der spanischen Regierung. Ausdruck dieser Kooperation ist eben diese Einschiffung mit den Flößen. Seit das Atomkraftwerk ins Spiel gekommen ist, haben auch die großen Umweltverbände WWF, Friends of the Earth und Greenpeace das Thema Itoiz in ihre Kampagnen aufgenommen.

Wie ist der aktuelle Stand, eigentlich sollte sich der Stausee schon füllen?

Die Staumauern sind fertig, doch jetzt müssen sie in die Fläche gehen. Das heißt: die beiden bewohnten Dörfer Itoiz und Artozki räumen und planieren und eine Million Bäume fällen. Sechs von der Überflutung bedrohte unbewohnte Dörfer müssen ebenfalls planiert werden. Doch bei den Fällaktionen kommen sie gerade nicht weiter. Als sie begonnen haben, wurde ihnen von Unbekannten per Internet mitgeteilt, dass mehrere tausend Bäume mit Nägeln aus Stahl und Glas gespickt sind. Daraufhin haben sie mehrere Monate nicht weiter gefällt.

Das Interview ist vom Ökologiereferat im RefRat der HU Berlin im November 2001 geführt worden.

e-mail: oeko@refrat.hu-berlin.de

Weitere ausführliche Infos: Deutschsprachige Webseite der Itoiz-Kampagne, zu finden im www.infoladen-daneben.de VHS-Video vom Frühjahr 2001 von SOLIDARI@S CON ITOIZ (dt.) zu bestellen bei solidarias@gmx.de

